

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Impressum	1
Weihnachtsgruß	2
Frieden schaffen durch gewaltfreien Widerstand	3
Durch gewaltfreie Aktionen gerechtem Frieden näher kommen	6
Eine ungewöhnliche Weihnachtsgeschichte	9
Ökumenische Pilgerreise ins Heilige Land	11
Abzug statt Aufrüstung der Atomwaffen in Büchel	14
Keine Steuerung und Planung von NATO-Kriegen!	15
„O du mein Österreich, ..., hast du je den Schrei unsrer Not gehört?“	17
Appell zu einer Neuorientierung der kirchlichen Friedensethik	20
Frieden für Syrien?	21
Buchbesprechung	23
Neue oder geänderte E-Mail-Adresse	25
Frieden(s)gestalten	25
Termine	26

IMPRESSUM

die_taubе ist das offizielle Mitteilungsorgan des pax christi Diözesanverbandes Essen für Mitglieder und Interessenten.

www.essen.paxchristi.de

Herausgeber:

pax christi Diözesanverband Essen

c/o Norbert Richter, An St. Albertus Magnus 30, 45136 Essen

Layout: Angelika Böttcher

Bankverbindung:

IBAN: DE69 3706 0193 6030 6140 10

Das Titelbild zeigt Fotos von der Delegiertenversammlung im Oktober 2016.

Im Übrigen meine ich,
Gott der Herr, rufe in uns alle guten Dinge und Gedanken
wieder wach,
die wir so oft vergessen,
für unnütz halten oder auch nicht wollen:
das freundliche Wort und den guten Blick,
die einfache Weise, mit einander umzugehen,
als wäre jeder ein Stück vom andern.
Und nehme von uns die dunklen Gedanken,
das Rechthaben und alle Besserwisserei.

Der Herr möge uns nach seinen Sätzen, den Haupt- und Nebensätzen,
den Frieden lehren,
allumfassend und ohne Rest.

Gott der Herr möge uns Jesus Christus
an unsere runden Tische setzen,
damit wir ihm auf unseren Gedankengängen begegnen
und ohne Furcht die Weltgeschichte überleben,
jenes Flickwerk aus Eitelkeit und Ruhmsucht, Tingeltangel und Totentanz.

Gott der Herr mache uns wieder anfällig
für seine Geschichte, die nicht von dieser Welt ist,
nicht erklärbar, keine Diskussionen braucht
und uns doch tröstet, hoffen lässt und Mut macht.

„Friede sei mit euch –
fürchtet euch nicht!“
Warum bewegen mich diese Worte so tief?
Weil sie so schwer zu glauben,
so schwer zu machen sind?
Nein, weil sie mich aufrecht halten
In äußerst geschichtlicher Zeit.
Und mich an die Worte des Chrysostomos erinnern:
„Das Kreuz wie eine Krone tragen.“

Der Herr möge unser Glück und unser Leid
mit seiner grenzenlosen
Güte begleiten,
uns im Frieden anfertigen und halten
und uns ein großes Gefühl dafür geben,
dass einer des anderen Last mittrage.
Und nachsichtig möge er mit uns sein,
wenn alles nicht von heute auf morgen geschehen kann.
Weil: Wir sind seine Kinder von ganzem Herzen,
aber oft noch von halbem Verstand.

Herr, gehe nicht von uns,
wenn wir manchmal noch nicht alles verstehen –
gib uns deine Zeichen zu sehen, zu hören und zu spüren. Amen.

Hans Dieter Hüsck

**Der Vorstand des pax christi Diözesanverbandes wünscht Ihnen und Euch ein gesegnetes
Weihnachstfest!**

Frieden schaffen durch gewaltfreien Widerstand

Delegiertenversammlung 2016 in Fulda mit Friedensforscherin Dr. Maria J. Stephan

Das letzte Oktoberwochenende gehört Pax Christi: Die alljährliche Delegiertenversammlung bringt Aktive aus der gesamten Bundesrepublik zusammen. Rund 90 waren es auch dieses Mal wieder, die sich von Freitag bis Sonntag im Fuldaer Bonifatiushaus zu Beratung und Austausch trafen. Erfreulicherweise waren auch etliche ganz junge Mitglieder zu entdecken im Delegiertenkreis, was der Vielzahl derer, die seit Jahrzehnten dabei sind, Hoffnung machen kann. Hoffnung darauf, dass Pax Christi, in Deutschland mittlerweile fast 70 Jahre aktiv, zukunftsfähig ist.

Mit dem Bundesvorsitzenden Norbert Richter, Gabriele Wulfers und Alfred Keienburg vom Bistumsvorstand und den Bochumerinnen Ursula Balt und Ursula Dorpmund wurde der Diözesanverband Essen durch fünf Mitglieder vertreten. Anerkennung gab es für die Essener bei der Präsentation von Leuchtturm-Projekten aus den jeweiligen Diözesen. Die Essener Wanderausstellung „Frieden(s)gestalten“ fand starke Beachtung und großes Lob und konnte sich in der Bewertung ganz vorn platzieren. Mittlerweile gibt es bereits Nachfragen aus anderen Bistümern, die an eine ähnliche Präsentation denken. Natürlich ist die Ausstellung, die inzwischen aus 16 Roll-ups besteht, auch weiterhin unterwegs im Bistum Essen. Termine können mit Ursula Balt (E-Mail: bourba43@gmx.de, Tel.: 0234 594969) abgestimmt werden.

Besonderer Höhepunkt der diesjährigen Zusammenkunft war der Vortrag von Dr. Maria J. Stephan vom U.S. Institute of Peace zum Thema „Durch gewaltfreie Ak-

tionen gerechtem Frieden näher kommen“. Stephans Arbeitsschwerpunkt ist gewaltfreier, ziviler Widerstand zur Konfliktlösung und Demokratieentwicklung. Die temperamentvolle US-Amerikanerin, dank ihrer Studienjahre in Bonn auch der deutschen Sprache mächtig und daher sehr engagiert bei der Diskussion, berichtete, zumeist in englischer Sprache, über ihr vielfältiges Engagement in zahlreichen Krisengebieten dieser Welt und schrieb den Delegierten ins Stammbuch: „There is a place between passivity and violence. I'll meet you there.“

Wege zur Gewaltfreiheit aufzuzeigen, beherrschte das Bemühen von Pax Christi auch im Jahr 2016. Nachhaltig wirkte die von Pax Christi International und dem Vatikan veranstaltete Rom-Konferenz im April 2016 zum Thema „Biblische Gewaltfreiheit und gerechter Friede“. „Wir stellen fest, dass dies uns Hoffnung und Richtung gab für die anstehenden Aufgaben, Wege zur Gewaltfreiheit aufzuzeigen“, unterstrich der Bundesvorsitzende in seinem Bericht. Dialog mit der Politik und zivilgesellschaftlicher Protest werden als notwendige und sich ergänzende Aktionsformen angesehen. Gewaltfreie Aktionen sollen das Handeln bestimmen, schließen aber auch, unter Abwägung aller Argumente, zivilen Ungehorsam nicht aus.

Sich im alltäglichen Geschehen einzumischen und Gehör zu verschaffen, gehört daher für Pax Christi Deutschland zu den wesentlichen Aufgaben. Der Fuldaer Bischof Heinz-Josef Algermissen, Präsident von Pax Christi Deutschland, hat dies auch im ablaufenden Jahr immer wieder getan,

hat beispielsweise den Syrien-Einsatz der Bundeswehr in Stellungnahmen in der örtlichen sowie der überregionalen Presse kritisiert und den Fuldaer CDU-Bundestagsabgeordneten Michael Brand in diverse kontroverse Briefwechsel verwickelt. Auf Diözesan-Ebene hat die Bochumer Pax-Gruppe ähnliches Engagement gezeigt und den Bochumer SPD-Bundestagsabgeordneten Axel Schäfer für eine offene Diskussion gewonnen.

Schließlich galt auch 2016 die Vision: „pax christi“ – Der Friede Christi ist die bleibende Hoffnung und Vision unserer Bewegung. Aktive Gewaltfreiheit ist der Kern unseres politischen Handelns für eine gerechte Welt ohne Gewalt und Waffen.“ Daher bleibt als Aufgabe:“ Wir treten ein für Menschenrechte und Völkerrecht und tragen zu einer Kultur des Friedens bei. Wir unterstützen und fördern Schritte zur Konfliktprävention und Ziviler Konfliktbearbeitung. Wir tragen die Option von Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung in die gesellschaftliche, politische und innerkirchliche Auseinandersetzung.“

Beschlossen wurde zum Abschluss der Zusammenkunft die Umsetzung der Aktionsvorschläge der AG 2020. Gleichzeitig wurden die Diözesanverbände aufgefordert, aktiv an den sie betreffenden Projekten des Aktionsplanes mitzuwirken. Ab 2017 wird ein Referentenpool für Gespräche und Diskussionsveranstaltungen in den Diözesen eingerichtet und im Mitgliederbereich des pax-christi-Internetauftritts zugänglich gemacht. Das Thema „Aktive Gewaltfreiheit“ soll auf verschiedenen Ebenen durch Workshops und Fortbildungen vertieft werden.

Zudem sind Forscher mit friedensethischem und -politischem Schwerpunkt zum Mitwirken in einem wissenschaftlichen

Beirat eingeladen, der zunächst ein Projekt zur Unterstützung des Diskurses mit Politik und Kirche zum Thema „Aktive Gewaltfreiheit“ entwickeln soll. Studierenden, insbesondere solchen der Friedens- und Konfliktforschung, sollen außerdem Möglichkeiten zum Austausch und zur Vernetzung geboten werden.

Wesentliches Ziel der Arbeit in den kommenden Jahren soll eine bessere Positionierung der Arbeit von Pax Christi in der Öffentlichkeit sein. 2017 wird zum Vorbereitungsjahr für eine Imagekampagne, die in den Folgejahren helfen soll, die Wirksamkeit der Friedensarbeit zu steigern und neue Aktive sowie finanzielle Unterstützer zu gewinnen.

Ganz neu will pax christi Deutschland zukünftig die Militärseelsorge gestalten. Die Deutsche Bischofskonferenz wurde von der Delegiertenversammlung aufgefordert, eine allein von der Kirche getragene Soldatenseelsorge aufzubauen und das gegenwärtige System, das die Militärseelsorge strukturell mit der Bundeswehr verbindet, zu beenden. Eine rein kirchliche Seelsorge ermögliche es, „das Evangelium des Friedens, der Versöhnung und der Achtung des Lebens frei von jeglicher Einbindung in das militärische System und unabhängig von militärischen Interessen zu verkünden“. Zukünftig beteiligt sich pax christi zudem an der Initiative „Unter 18 nie“, die sich gegen Rekrutierung unter 18-Jähriger einsetzt und bewirbt dieses auch auf ihrer Homepage.

Für ein weiteres Jahr fortgeführt wird die AG zum Christlich-Muslimischen Dialog, um gemeinsam mit muslimischen Verbänden eine Christlich-Muslimische Friedensinitiative ins Leben zu rufen und konkrete Aktionsformen zu entwickeln. Darüber hinaus wird nach Wegen gesucht, wieder

Verbindungen zur Russisch-Orthodoxen Kirche aufnehmen zu können.

Ursula Balt/Ursula Dorpmund



Gabriele Wulfers (oben Mitte) und Alfred Keienburg (unten links) im Gespräch

Durch gewaltfreie Aktionen gerechtem Frieden näher kommen

Gewaltfreie Aufstände sind doppelt so erfolgreich wie gewaltsame! Gewaltfreier Widerstand wirkt auch gegen brutale unterdrückerische Regime.

Gewaltfreie Kampagnen führen selbst dann zu Prozessen der Demokratisierung, wenn sie scheitern.

Dies sind drei der wichtigsten Ergebnisse der Forschungen von Maria J. Stephan.

Auf Einladung der deutschen pax christi-Sektion machte die Politikwissenschaftlerin aus Washington eine Vortragsreise durch Deutschland, die in Fulda bei der pax christi-Delegiertenversammlung begann und in Essen eine überaus erfolgreiche Zwischenstation einlegte.

2011 veröffentlichten Dr. Maria Stephan und Erica Chenoweth ihre Forschungsarbeit: „Why Civil Resistance Works: The Strategic Logic of Nonviolent Conflict“ (Warum ziviler Widerstand funktioniert. Die strategische Logik des gewaltlosen Konflikts). Sie kamen zu einem eindeutigen Schluss: Gewaltloser Widerstand gegen einen starken Gegner (damit kann auch eine herrschende Militärmacht gemeint sein) erzielte doppelt so häufig Erfolge wie bewaffneter Widerstand. Sie untersuchten 323 gewaltsame und gewaltfreie Kampagnen gegen etablierte Regime und Besatzung in der Zeit von 1900 bis 2006. Bei den genannten politischen Zielen stellte sich heraus, dass von den gewaltfreien Kampagnen 54% erfolgreich waren, aber nur 27% der gewaltsamen Kampagnen.



Dr. Maria J. Stephan in Essen

Aus der Studie geht auch hervor, dass gewaltfreie Kampagnen in einem Zusammenhang mit demokratischen und friedlichen Gesellschaften stehen. Siege bewaffneter Rebellen führten fast nie zur Schaffung von demokratischen Gesellschaften (unter 4%); schlimmer noch: sie endeten später oft noch in einem Bürgerkrieg. Die Daten zeigen deutlich, dass die Mittel, mit denen die Menschen gegen Ungerechtigkeit und Unterdrückung vorgehen, großen Einfluss auf die Art der Gesellschaft haben, die darauf folgt.

Warum ist gewaltloser ziviler Widerstand so viel erfolgreicher als Gewalt? Kurz gesagt: weil daran mehr Menschen beteiligt sind. Durchschnittlich haben gewaltfreie Kampagnen elf Mal mehr Teilnehmende als bewaffnete Kampagnen. Bei gewaltfreien Kampagnen gibt es viel weniger Hindernisse teilzunehmen, es können also junge und ältere Menschen, Männer und Frauen, Reiche und Arme, Menschen mit und ohne Handicap, Bauern und Büroangestellte an gewaltlosen Aktionen teilnehmen. Wenn viele Menschen verschiedener sozialer Gruppierungen sich an Protest, Nichtzusammenarbeit und gewaltlosem Widerstand beteiligen, erzeugen sie großen sozialen, politischen, wirtschaftlichen und moralischen Druck für einen Wandel. Wenn Gewalt gegen disziplinierte, gewaltlose Demonstranten angewandt wird, ist – gegenüber bewaffneten Widerständen – die Chance deutlich höher, dass diese Gewalt fehlschlägt und sich gegen den Gewaltausübenden richtet, der dadurch seine Legitimität und Macht verlieren kann.

Methoden und Beispiele gewaltfreier Aktion

Rund um den Globus, von Guatemala bis Polen, von Venezuela bis Palästina, schließen sich einfache Menschen zusammen und wenden sich aktiv und gewaltfrei gegen ungerechte Systeme, Ungleichheit und Unterdrückung. Ihr Einsatz reiht sich in die lange Geschichte gewaltfreier (Volks-)Bewegungen ein, wie der von Mahatma Gandhi angeführte Unabhängigkeitskampf Indiens, die polnische Solidarność-Bewegung gegen das kommunistische Regime, die Anti-Apartheid-Bewegung in Südafrika, die friedliche Vertreibung des Diktators Augusto Pinochet in Chile und gewaltfreie Menschenrechtsbewegungen der jüngeren Zeit in Tunesien, Guatemala, Brasilien und an anderen Orten.

Methoden gewaltfreien Handelns sind friedliche Protestmärsche, Mahnwachen, Sozial- und Wirtschaftsboykotte, Boykotte gesellschaftlicher Ereignisse, Sit-Ins (Besetzung von Räumen und Gebäuden), Straßentheater, satirisch-parodistische Auszeichnungen, Aufbau alternativer gesellschaftlicher Strukturen und Institutionen. Die zunehmende Bedeutung sozialer Medien wie Facebook, Twitter, WhatsApp und Instagram haben dazu geführt, dass immer mehr Taktiken möglich werden. Erfolgreiche Bewegungen haben Online- und Offline-Formen der Mobilisierung, Organisation und direkten Aktion angewandt. Online-Aktionen können aber nie ein vollständiger Ersatz für Offline-Aktionen sein.

In **Liberia**, das viele Jahre Bürgerkrieg zwischen bewaffneten Rebellengruppen und der Regierung von Charles Taylor aushalten musste, fand sich eine Gruppe von Kirchgängerinnen, die gemeinsam eine bemerkenswerte direkte Aktionskampagne organisierten und die kriegsführenden Parteien damit so unter Druck setzten, dass diese 2003 das Friedensabkommen unterzeichneten. Friedensmahnwachen, sexuelle Verweigerung und sozialer Druck waren dabei nur einige ihrer Taktiken.

In **Guatemala** boykottierte, streikte und protestierte eine breite Koalition aus Bauern, Studierenden, Anwälten und religiösen Führern gegen die langjährige korrupte Regierung und zwangen dadurch den Präsidenten 2015 gewaltfrei zum Rücktritt. Das war für ein Land, das während drei Jahrzehnten unter einem Bürgerkrieg gelitten hatte, ein bemerkenswerter Erfolg.

Das von Schwester Simone Campbell gegründete **US-amerikanische** Netzwerk „Nuns on the Bus“ (Nonnen im Bus) fährt seit 2012 mit dem Bus quer durchs Land, um sich an die Seite der einfachen Menschen zu stellen. Dadurch ist es zu einem Ventil für kreative und hoffnungsvolle Lösungen für die Katholiken (und alle Amerikaner), die ökonomische Gerechtigkeit, Immigrationsreformen, Gleichheit und Bürgerengagement anstreben, geworden.

In **Kenia** griffen Kämpfer der al-Shabaab-Miliz 2014 einen Bus an und forderten die Passagiere auf, sich nach Christen und Muslimen aufzuteilen – das war eine Methode, wie sie vor den Massenmorden an den Christen angewandt wurde. Die muslimischen Reisenden, größtenteils Frauen, weigerten sich, die Christen auszuliefern. Sie forderten die Terroristen auf, sie entweder alle zu töten oder zu verschwinden und gaben christlichen Frauen Hijabs, also muslimische Verschleierungen. Die Terroristen zogen sich daraufhin zurück.

Soweit die Hauptgedanken aus Marias Stephans Vortrag, ergänzt durch einige Passagen des Vortrags, den sie im Mai in Rom bei der Konferenz „Gewaltfreiheit und Gerechter Friede“ gehalten hat.

Gabriele Wulfers



Dr. Maria J. Stephan in Essen mit der Übersetzerin Gabriele Wulfers

Eine ungewöhnliche Weihnachtsgeschichte

Maria und Josef müssten, lebten sie im Jahr 2015, auf ihrem Weg von Nazareth (heutiges Israel) zur von Herodes ausgerufenen Volkszählung nach Bethlehem (heutiges Westjordanland) neben der beschwerlichen Reise und Marias Schwangerschaft eine weitere Hürde bewältigen: die Mauer. Im Jahr 2002 begann die israelische Regierung mit ihrem Bau, heute ist sie allgegenwärtig. In Bethlehem windet sie sich wie eine Schlange durch die Stadt. Abschnittsweise aus Betonplatten oder Hochsicherheitszaun bestehend und zu 62% fertiggestellt, soll die Mauer gemäß der israelischen Regierung die Bevölkerung vor dem palästinensischen Terrorismus schützen und letztlich das ganze Westjordanland erfassen.

Der Verlauf der Mauer ist zu 85% nicht auf der von der internationalen Gemeinschaft seit 1967 anerkannten Grenze zwischen Israel und dem Westjordanland („Green Line“), sondern innerhalb derselben und deswegen illegal. Zudem ist die Mauer mehr als doppelt so lang wie diese imaginäre grüne Linie und reicht teilweise weit in die palästinensischen Gebiete hinein. Auf diese Weise leibt sich Israel weiteres Land ein und sorgt dafür, dass über 85% der SiedlerInnen (und tausende PalästinenserInnen) auf der „israelischen Seite“ der Mauer wohnen. Entlang der Mauer wurden Hunderte von Checkpoints und Landwirtschaftskontrollpunkte eingerichtet, welche die PalästinenserInnen passieren müssen, um nach Israel zu gelangen. Die Einreise nach Ostjerusalem und Israel wird nur denjenigen PalästinenserInnen gestattet, welche im Besitz einer Bewilligung, etwa einer Arbeits- oder Studienbewilligung, sind. Auch für einmalige Fahrten nach Israel, wie beispielsweise für einen Arztbesuch, eine Beerdigung oder einen Besuch bei FreundInnen, muss bei den israelischen Behörden eine Einreisebewilligung beantragt werden. Es werden nie alle Anträge gestattet und auch wer eine Einreisebewilligung erhält, kann nie zu 100% sicher sein, am vorgesehenen Tag dann tatsächlich einreisen zu können.

Angenommen, Maria und Josef würden im Jahr 2015 nach Bethlehem reisen wollen, müssten sie als palästinensische Israelis aus Nazareth eine Bewilligung für sich und ihren Esel beantragen, um in die zu 100% von der Palästinensischen Behörde kontrollierte Stadt Bethlehem einreisen zu dürfen. Bei der Hin- und Rückreise müssten sie den so genannten Checkpoint 300 in Bethlehem passieren. Wer durch diesen oder einen anderen Checkpoint entlang der Mauer von der israelischen Seite her ins Westjordanland gelangt, wird üblicherweise nicht kontrolliert, Maria und Josef müssten einzig ihren Esel vor dem Checkpoint stehen lassen, da dieser nicht durch die Drehkreuze passt.

Anders bei der Rückreise nach Israel. Angenommen, Maria und Josef machten sich mit dem neugeborenen Jesus frühmorgens auf den Weg, weil sie noch einen langen Weg vor sich haben bis Nazareth. Sie stünden deshalb um vier oder fünf in der Früh am Checkpoint, zusammen mit tausenden PalästinenserInnen, hauptsächlich Männern, die auf dem Weg zur Arbeit sind. Auf der Bethlehem-Seite des Checkpoints 300 führen zwei ca. 100 Meter lange, vergitterte Gänge zu den ersten Drehkreuzen, die sich in der Mauer befinden. Der rechte Gang ist der „Eingang“. Dort würde sich Josef mit den anderen Männern anstellen. Maria ginge mit Jesus wie alle Frauen mit Kindern und wie Männer über 60 durch den „Ausgang“ zum Drehkreuz hoch, wo sich momentan der „humanitäre Durchgang“ befindet, der ein schnelleres Prozedere ermöglichen sollte. Mit etwas Glück würde Josef in wenigen Minuten zum Drehkreuz gelangen. Dieses steht jedoch jeden Morgen mindestens einmal still, manchmal für ein paar Minuten, manchmal über eine Stunde. Der lange Gang zum Drehkreuz füllt sich in dieser Zeit immer mehr, das Gedränge nimmt zu. Um nicht zu viel Zeit zu verlieren und weil sie pünktlich zur Arbeit erscheinen wollen, klettern viele Männer den Gitterstangen entlang in Richtung Drehkreuz oder gehen den „Ausgang“-Tunnel hoch und versu-

chen, dort durch das Drehkreuz zu gelangen. Dies wiederum führt regelmäßig dazu, dass das Drehkreuz für ältere Männer und Frauen geschlossen wird...

Sobald Maria, Josef und Jesus nach kürzerer oder längerer Zeit die Drehkreuze hinter sich gelassen hätten, würden sie über das so genannte „Niemandland“, einem Parkplatz hinter der Mauer, zur eigentlichen Grenzkontrolle gelangen. Dort würden sie und ihre Habseligkeiten auf gefährliche Gegenstände wie z. B. Messer, Schusswaffen etc. durchleuchtet. Auch hier müssten sich Maria mit Jesus und Josef anstellen, und auch hier werden einzelne Durchgänge hin und wieder geschlossen, was zu langen Warteschlangen führt. Ginge das Drehkreuz in Marias und Josefs Schlange nicht wieder auf, müssten sie und die ganze Warteschlange zu einem anderen Drehkreuz wechseln. Nach den Metalldetektoren gälte es ein weiteres Mal anzustehen. In zehn Kontrollhäuschen sitzen israelische SoldatInnen und kontrollieren die Identität und

Bewilligung jedes einzelnen. Maria und Josef müssten dafür ihre Papiere und die Bewilligung sowie ihren Fingerabdruck vorweisen. Hat eine/r der SoldatInnen schlechte Laune, könnte es vorkommen, dass er/sie Maria, Josef und ihrem Neugeborenen die Einreise verweigerte, grundlos. Einige Männer und Frauen versuchen hin und wieder, sich erneut in die Warteschlangen vor den Kontrollhäuschen zu schmuggeln, werden jedoch meistens vom Sicherheitspersonal, das hinter den Kontrollhäuschen steht, entdeckt und zurückgeschickt.

Schafften Maria und Josef es mit Kind dem durch den Checkpoint, wären sie zurück in Israel und könnten, nachdem sie ihren Esel abgeholt haben, weiter nach Nazareth. Für sie wäre diese Willkür des Checkpoints eine einmalige Sache, für tausende PalästinenserInnen ist es der Alltag.

Janine, im November 2015 (ökumenische Begleiterin)

Eine aktuelle Anmerkung:

Am 30.11. 2016 geht im israelischen Parlament, der Knesset, das „Regulation Law“ in die erste Abstimmung. Es sieht vor, dass rückwirkend illegal in der Westbank errichtete Gebäude legalisiert werden sollen. Es handelt sich um 55 bisher illegale Außenposten (outposts) und ca. 4000 Wohneinheiten, die teils in Siedlungen (welche von der israelischen Regierung als legal angesehen werden, nach internationalem Recht aber ebenfalls illegal sind) und teils in den Außenposten liegen.

Dabei würden über 8000 Dunam palästinensisches Land enteignet (1 Dunam = 1000 m²). Davon sind über 5000 Dunam privates palästinensisches Land in Siedlungen, 149 Dunam privates palästinensisches Land in Industrieparks und über 3000 Dunam privates palästinensisches Land in illegalen Außenposten.

Falls das Gesetz beschlossen wird, stellt es eine offizielle Annexion von Teilen der Westbank dar. Der erste Entwurf hat bereits eine Mehrheit in der Knesset bekommen.

Gabriele Wulfers

Ökumenische Pilgerreise ins Heilige Land

Aus Anlass des Lutherjahres haben Mitglieder des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und Mitglieder der Deutschen Bischofskonferenz vom 16. bis 22. Oktober 2016 eine Pilgerreise ins Heilige Land unternommen mit dem Ziel, sich auf die gemeinsamen Wurzeln des christlichen Glaubens zu besinnen.

Schreiben an die Kirchvertreter

Dieses haben wir als pax christi Vorstand im Bistum Essen zum Anlass genommen, Kardinal Marx, Landesbischof Bedford-Strohm und unseren Bischof Overbeck anzuschreiben mit der Bitte, dass sie und alle Mitreisenden dabei besonders unsere christlichen Geschwister in Palästina nicht vergessen und in den Blick nehmen sollten. Eindringlich baten wir darum, besonders mit den Christen in Bethlehem und Beit Jala ins Gespräch zu kommen und ihre Sorgen und Nöte zu hören.

Wir haben darauf hingewiesen, dass sich die Lebensbedingungen der Palästinenser

zusehends verschlechtern und dass Ausgangssperren, Einschränkungen der Bewegungsfreiheit, Verweigerung von Passierscheinen, Enteignungen, Zerstörungen von Olivenhainen und Einschränkungen bei der Versorgung mit Trinkwasser zu ihren täglichen Erfahrungen gehören. Auch haben wir deutlich gemacht, dass durch den anhaltenden Siedlungsbau die illegalen israelischen Siedlungen immer näher an die palästinensischen Wohngebiete heranrücken und den Bewohnern buchstäblich die Luft zum Atmen nehmen.

Unsere Befürchtung, dass, wenn diesen Entwicklungen kein Einhalt geboten wird, es in Zukunft kein christliches Leben im Heiligen Land mehr geben wird, haben wir ebenfalls sehr deutlich gemacht.

Bezüglich des von der Pilgergruppe geplanten Besuchs von Cremisan haben wir auf das sich dort ereignende Unrecht hingewiesen: Im Sommer 2015 wurde damit begonnen, die Lücke im sogenannten Sicherheitszaun zu schließen. Dadurch wird



Siedlung bei Bil'in

den christlichen palästinensischen Familien, denen das Land im Cremisantal gehört und die zum großen Teil in Beit Jala wohnen, der Zugang erheblich erschwert und die Sicherung ihres Lebensunterhalts unmöglich gemacht. Die in Jerusalem beheimatete katholische Menschenrechtsorganisation „Society of St. Yves“ bezeichnete dieses Vorgehen der israelischen Behörden in ihrer ausführlichen Dokumentation als „den letzten Nagel in Bethlehems Sarg“.

Besonders wichtig war uns, unsere Adressaten zu bitten, bei den geplanten politischen Gesprächen deutlich zu machen, dass die Vertreter der deutschen Bischofskonferenz und des Rates der evangelischen Kirche in Deutschland zur Einhaltung des Völkerrechts stehen und gegen die Besiedlung besetzter palästinensischer Gebiete ihre Stimme erheben.

Reaktionen auf unser Schreiben

Unser Bischof, Franz-Josef Overbeck, hat uns sehr freundlich und schnell am 13.9.2016 über seinen persönlichen Referenten Herbert Kleine geantwortet und sich für unseren Einsatz für die Christen in Palästina bedankt. Er hat betont, dass ihm die großen Schwierigkeiten und Probleme dieser Menschen sehr bewusst seien und er sich im Rahmen seiner Möglichkeiten auch weiterhin für die Belange der Christen im Heiligen Land einsetzen werde.

Vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz haben wir eine Antwort mit Datum 10.10.2016 bekommen, die tendenziell in die gleiche Richtung ging. Es würden u. a. Gespräche mit verschiedenen Vertretern der unterschiedlichen Kirchen, z. B. mit Pfarrer Dr. Mitri Raheb geführt, der zu den Unterzeichnern des Kairos-Palästina-Dokumentes von 2009 gehört, und in Cremisan würden sich die Teilnehmenden ein eigenes Bild von der schwierigen Lage der Christen dort machen.

Wörtlich heißt es dann weiter: „Die deutschen Bischöfe setzten sich nach wie vor engagiert für ein friedliches Zusammenleben im Heiligen Land auf der Basis der Einhaltung des Völkerrechts ein. Dazu gehört auch die Anerkennung des Existenzrechtes Isra-

els und gleichermaßen eines unabhängigen souveränen palästinensischen Staates.“

Ökumenische Pilgerreise ins Heilige Land beendet

Am 22.10.2016 gab es eine Pressemitteilung der DBK, mit der vorgenannten Überschrift, die allerdings mit keinem einzigen Wort auf die Dinge eingegangen ist, die wir in unserem Brief angesprochen hatten. Hier gab es ausschließlich Ausführungen über eine Pilgerreise in ein Land, in dem man sich als deutsche Christen in der Ökumene näher gekommen sei „ein Geschenk – im Heiligen Land als katholische und evangelische Kirche neu aufeinander zu finden.“

Daneben gab es aber noch eine Gemeinsame Botschaft zum Abschluss der ökumenischen Pilgerreise ins Heilige Land. Hierin wird aber leider die schwierige Situation der Menschen vor Ort, das Leiden der palästinensischen Bevölkerung unter der israelischen Besatzung nur eher beiläufig und wenig konkret angesprochen. Und wie in der Politik leider auch üblich, verschleiert auch diese Botschaft die wahren Verhältnisse zwischen den Besetzten und den Besatzern, die ihre Macht völkerrechtswidrig missbrauchen, und redet statt dessen unkonkret und abstrakt von Gewalt auf beiden Seiten.

Völlig unverständlich war dann aber in der Botschaft die Aussage, dass Extremisten das Existenzrecht der Christen verneinen und gewalttätige Anschläge gegen christliche Einrichtungen in jüngster Zeit vermehrt aufgetreten seien. Woher stammen solche Informationen, mit denen man angesichts herrschender Vorurteile dem Missverständnis Vorschub leistet, man beklage die Exzesse islamischer Fundamentalisten?

Angesichts der engagiert und informiert klingenden Antworten, die uns vor der Ökumenischen Pilgerreise erreicht haben, sind wir über die wenigen unverbindlichen Sätze zur aktuellen politischen Lage sehr enttäuscht. Wir fragen uns:

Wann werden unsere Bischöfe, wann werden unsere Kirchen sich endlich klar und unmissverständlich zur immer verzweifelter werdenden Lage im sogenannten Heiligen

Land äußern? Wann endlich werden sie konkrete Forderungen an diejenigen Politiker dort richten, die die Macht in den Händen halten?

Gabriele Wulfers/Alfred Keienburg



Kinder in Hebron

Abzug statt Aufrüstung der Atomwaffen in Büchel

Die USA wollen auf dem Fliegerhorst Büchel in der Eifel bis zu 20 neue Atom-bomben vom Typ B 61-12 stationieren. Im Kriegsfall sollen deutsche Tornado-Piloten im Rahmen der Nato-Strategie der so genannten „Nuklearen Teilha-be“ Angriffe mit den US-Bomben fliegen.

Mit diesen neuen Bomben werden die Gren-zen zwischen taktischen und strategischen Atomwaffen verwischt, was eine Verletzung der Artikel 1 und 2 des Vertrages über die Nichtverbreitung von Atomwaffen ist. Dabei hatte der Bundestag im März 2010 mit breiter Mehrheit beschlossen, die Bundesregierung solle sich mit Nachdruck für den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland einsetzen.

Auch im Koalitionsvertrag von Union und FDP hatte die Bundesregierung 2009 den Abzug der Atomwaffen aus Büchel zugesagt. Doch statt der Abrüstung erfolgt nun die Aufrüs-tung durch die Stationierung von rund 20 neuen Nuklearwaffen, die zusammen die Sprengkraft von 80 Hiroshima-Bomben ha-ben.

Gegen diese Aufrüstung in Büchel wendet sich die Kampagne „atomwaffenfrei“, deren Mit-trägerin pax christi ist, mit einer neuen Petiti-on, für die **bis zum 15. September 2017** Unterschriften gesammelt werden. Damit wird die Bundesregierung aufgefordert, ent-sprechend dem Wunsch der überwältigenden Mehrheit unserer Bundesbürgerinnen und -bürger, die nukleare Aufrüstung in Deutsch-land zu verhindern, sich tatkräftig für den Ab-zug der Atomwaffen aus Büchel einzusetzen und diplomatische Schritte für ein Atomwaf-fenverbot zu unterstützen.

Alfred Keienburg



Taten statt leerer Worte:
Abzug statt Aufrüstung der Atomwaffen!

Auf dem Fliegerhorst Büchel (Eifel) lagern noch immer ca. 20 US-Atomwaffen. In den kommenden Jahren ist geplant, diese durch weiter entwickelte und zielgenauere Typen zu ersetzen, womit die Hemmschwelle für einen Atomwaffeneinsatz sinkt. Dies ist eine klare nukleare Aufrüstung, die von der deutschen Regierung unterstützt wird und an der sich Deutschland finanziell beteiligen soll. International unterstützt die Bundesregierung die ablehnende Haltung der Atomwaffenstaaten gegenüber einem Verbotvertrag, der von der Mehrheit der UNO-Staaten angestrebt wird.

Wir fordern die Bundesregierung auf!:

Entsprechen Sie dem Wunsch der überwältigenden Mehrheit der BundesbürgerInnen (Forsa-Umfrage März 2016?) und zeigen Sie Verantwortung und Weitsicht, denn Atomwaffen und die Androhung ihres Einsatzes sind nach einem Gutachten des internationalen Gerichtshofes völkerrechtswidrig.

- ☉ **Verhindern Sie die nukleare Aufrüstung in Deutschland.**
- ☉ **Setzen Sie sich tatkräftig für den Abzug der Atomwaffen aus Büchel ein.**
- ☉ **Unterstützen Sie auf allen Ebenen diplomatische Schritte für ein Verbot von Atomwaffen.**

Ja, ich unterzeichne die Erklärung: **Abzug statt Aufrüstung der Atomwaffen!**

1 Name, Vorname _____ Straße, PLZ, Wohnort _____
 Unterschrift _____ Email _____ Weitere Infos erwünscht
 Bitte schicken Sie mir weitere Unterschriftenlisten zum selber Sammeln und Verteilen.

2 Name, Vorname _____ Straße, PLZ, Wohnort _____
 Unterschrift _____ Email _____ Weitere Infos erwünscht
 Bitte schicken Sie mir weitere Unterschriftenlisten zum selber Sammeln und Verteilen.

3 Name, Vorname _____ Straße, PLZ, Wohnort _____
 Unterschrift _____ Email _____ Weitere Infos erwünscht
 Bitte schicken Sie mir weitere Unterschriftenlisten zum selber Sammeln und Verteilen.

4 Name, Vorname _____ Straße, PLZ, Wohnort _____
 Unterschrift _____ Email _____ Weitere Infos erwünscht
 Bitte schicken Sie mir weitere Unterschriftenlisten zum selber Sammeln und Verteilen.

Unterschiedene Liste bitte bis 15. September 2017 einreichen an: **Netzwerk Friedenskooperative - Römerstr. 88 - 53111 Bonn**
 Weitere Listen können angefordert werden: Telefon 0228 / 492904 - Fax 0228 / 492906 - e-Mail info@atomwaffenfrei.de

1 Die Unterschriften werden der Verhandlungsdelegation für die neue Regierung nach der Bundestagswahl 2017 rechtzeitig zu den Koalitionsverhandlungen in Berlin übergeben. // 2 Siehe Rückseite

Die Unterschriftenliste kann mit folgendem Link per Download heruntergeladen werden:
http://www.atomwaffenfrei.de/fileadmin/user_upload/pdf_Dateien/Materialien/U_Liste_atomwaffenfrei_160704.pdf

oder ihr nutzt die Möglichkeit, online zu unterschreiben:
<http://www.friedenskooperative.de/aktion/petition/abzug-statt-aufruestung-der-atomwaffen>

Bitte helft durch Werbung im Familien-, Freundes- und Bekanntenkreis kräftig mit, dass die Aktion ein voller Erfolg wird.

Keine Steuerung und Planung von NATO-Kriegen!

Aktionstag am 3. Oktober 2016

Rund 400 Friedensbewegte hatten sich bei bestem Wetter am 3. Oktober aufgemacht, um gegen die Bundeswehr- und NATO-Kommandozentralen in Kalkar/Uedem zu demonstrieren. Weiter ging es danach nach Essen, wo vom 4. – 6. Oktober eine NATO-Tagung des Joint Air Power Competence Centre (JAPCC) zur Kriegsplanung in Räumlichkeiten der Messe Essen stattfand. Auf dem Essener Willy-Brandt-Platz versammelten sich noch einmal mehr als 700 Teilnehmer/innen.



Aufgerufen zu der Aktion hatten der Ostermarsch Rhein-Ruhr und weitere Friedensinitiativen. Zum Auftakt dieser Doppel-Demo gegen Krieg und Kriegsvorbereitungen sprach in Kalkar der Journalist und Autor **Andreas Zumach**. Sachkundig beschrieb er die aktuellen Entwicklungen im Bereich der Luftkriegsführung, die auch vom Joint Air Power Competence Center in Kalkar mit vorangetrieben würden. Besonders betonte er die Gefahr eines neuen atomaren Wettrüstens, das u.a. durch die geplante Stationierung neuartiger Atombomben auf dem Bundeswehr-Stützpunkt Büchel betrieben würde. Dagegen gelte es sich zur Wehr zu setzen. Zumach verwies dabei auf die zurückliegenden Erfolge großer Bürgerproteste, zum Beispiel gegen den in Kalkar gebauten Schnellen Brüter. Seine Botschaft: "Wir können es schaffen, wenn wir es schaffen wollen!" Die ganze Rede als Video kann mittels folgendem Link gesehen und nachgehört werden:

<https://www.youtube.com/watch?v=8IF8IDhggio>

Im Anschluss an die Kundgebung zogen die Demonstranten mit Trillerpfeifen und Transparenten zur Von-Seydlitz-Kaserne. Dort gedachten die Teilnehmer mit einer Kranz-niederlegung vor dem Kasernentor der Opfer von Drohnen- und Bombenangriffen. Der Westdeutsche Rundfunk berichtete über die Aktion und war damit aus der Reihe der Medien mehr oder weniger allein auf weiter Flur.



Kriegsführungszentrum Kalkar

Eines der wichtigsten Zentren des NATO-Luftwaffen-Einsatzes befindet sich in Kalkar. Von den Tornados in Syrien bis zu den Luft-Transportern in Mali: Alle Luftwaffeneinsätze der Bundeswehr im Ausland werden von Kalkar am Niederrhein gesteuert. In Kalkar/Uedem haben die Bundeswehr und die NATO Leitzentralen und Kriegs-Infrastruktur für den Hightech-Krieg aufgebaut. Von den Gefechtsständen in Kalkar will die Bundeswehr künftig auch ihre Kampfdrohnen steuern.



Kriegsplanung in Essen

Die diesjährige Jahrestagung des JAPCC fand vom 4.- 6. Oktober in der Messe Essen statt. Dass JAPCC hat dort beraten, wie die NATO „ihre überlegene Operationsfähigkeit aufrechterhalten kann, selbst wenn das eigene Gebiet durch feindliche Handlungen stark beschädigt [degraded] ist.“ Dabei ging es um konkrete Fragen der Kriegsführung: Z.B.: Wie kann die Nato „präzise Schläge“ durchführen, etwa wenn das GPS oder das Internet zusammenbricht? Was ist zu tun, wenn die Infrastruktur der Banken oder des Gesundheitswesens zerstört ist?

In Essen, auf dem Willy-Brandt-Platz, hatten sich im Anschluss an die Aktion in Kalkar auch zahlreiche Demonstrantinnen und Demonstranten eingefunden, die zuvor auch schon in Kalkar bei der Demonstration dabei waren, um ihren Protest gegen die Nato-Konferenz in der Messe Essen zu bekunden. Zunächst trug Bernhard Trautvetter ein beeindruckendes Grußwort von Konstantin Wecker vor, bevor dann **Eugen Drewermann** als Hauptredner in einer spannenden und völlig frei vorgetragenen Rede den meisten Zuhörerinnen und Zuhörern aus der Seele sprach. Auch seine Rede kann als Video mittels folgendem Link gesehen und nachgehört werden: <https://www.youtube.com/watch?v=k5Y62mrPwT0>

Weitere Reden gegen Aufrüstung und Kriegsplanung hielten **Sevim Dagdelen** (Fraktion DIE LINKE), **Florian Kling** (Darmstädter Signal), **Bernhard Trautvetter** (Essener Friedensforum) und **Willi Hoffmeister** (Ostermarsch RheinRuhr). Eingerahmt wurde das Ganze von verschiedenen Musikbeiträgen. Auch auf die Friedenskundgebung in Essen sind die örtlichen Print-Medien NRZ und WAZ in ihrer Berichterstattung mit keinem Wort eingegangen.

Alfred Keienburg



„O du mein Österreich, ..., hast du je den Schrei unsrer Not gehört? (Otto Stoessl, 17.12.1909)

Die Pax Christi Route regionale des Bistums Essen führte in diesem Jahr zum ersten Mal durch einen Teil Österreichs, und zwar sind 20 Personen vom 13. bis 21. August durch das Mühlviertel in Oberösterreich gezogen. Es war seit 1979 die 38. Route.

Begonnen haben wir im Prämonstratenser-Stift Schlägl, im Nordwestzipfel Österreichs. Von da sind wir, parallel zur österreichisch/tschechischen Grenze nach Osten gewandert, über den Marienwallfahrtsort Maria Trost nach Haslach, einer hoch gelegenen Stadt am Zusammenfluss von Großer Mühl und Steinerner Mühl.

In Haslach haben wir am Fest Mariä Himmelfahrt eine Kräutermesse mitgefeiert; viele Frauen, aber auch Männer erschienen in Tracht. Weiter ging's hoch im Tale der Steinernen Mühl – abends waren wir in Helfenberg.

Am nächsten Tage kamen wir, schweißgebadet, auf einem Höhenzuge an und standen plötzlich vor einem alten Gemäuer, der Burg Piberstein. Der ehrenamtliche Kurator der Anlage war gerade von der anderen Seite vorgefahren, etwas zu erledigen, und bot uns eine kostenlose Führung an. Gern nahmen wir an – Gelegenheit, nach mühsamem Anstieg auszuruhen. Im Rittersaal, hergerichtet für Konzerte und Vorträge, erfuhren wir dann: zur Sicherung einer Fernstraße, auf der unter anderem Salz aus dem Salzburger Lande nach Böhmen transportiert wurde, hat man in regelmäßigen Abständen Burgen errichtet; im Laufe der Jahrhunderte sind die meisten zerfallen, so auch Burg Piberstein. Die Landesregierung in Linz wollte nach dem Zweiten Weltkrieg die Ruinen sichern; traditionsbewusste Bürger jedoch setzten in langen Verhandlungen durch, dass sie Mauern und Gebälk instandsetzen durften. Das Werk war fast gelungen, da vernichteten Brandstifter einen Großteil der Burg; abermals musste der Geschichtsverein darangehen, Zerstücktes auf- und auszubauen; man sammelte Spenden ein,



Burg Piberstein

leistete viel Eigenarbeit, veranstaltete Feste im Burghof, bot Räume an für Hochzeitsfeiern und Jubiläen. Auch wir kehrten, nachdem wir vom breiten Stumpfe des Burgfriedens aus die weite Aussicht genossen hatten, im kühlen Kellergewölbe ein. Auf der nächsten Rast am Nachmittag im Garten eines abgelegenen Gasthofes, der ehemals mal ein kleines Jagdschloss gewesen ist, referierte Irmgard Rippla über die Geschichte des Hauses Habsburg; der Wirt, der, in der Türe stehend, interessiert zugehört hatte („Anerkennung, dass ihr Preußen so viel über unser Land wisst!“), hielt dazu noch ein kurzes Koreferat.

Die Wanderung am Mittwoch führte von Bad Leonfelden durch einen Moorwald (mit Naturlehrpfad) und dann nach Helmonsöd.

Am Donnerstag haben wir von Kirchsschlag aus einen kurzen Abstecher gemacht, um auf einer Anhöhe einen Kontrollturm (einer europaweiten Gasleitung) mit Aussichtsplattform zu besteigen – herrlicher Ausblick über das Mühlviertel bis hin zur silberglänzenden Donau und die im Dunste liegende Stadt Linz. Das Tagesziel Gramastetten war danach bald erreicht.

Die Strecke von dort zum Kloster Pöstlingberg nördlich Linz war bis zum frühen Nachmittage schnell zurückgelegt, sodass wir, frisch geduscht, nach einem Imbiss in der Klosterwirtschaft, zum Abend unten in der Stadt waren. Die war wegen eines Musikfestes auf 18 Bühnen voller Töne, bzw. von Lärm erfüllt; Menschenmengen drängten sich auf Straßen, Plätzen, Gassen. Trotzdem haben wir immer wieder stillere Stellen gefunden, wo uns ein Nachtwächter, von Angelika Böttcher geordert, die Sehenswürdigkeiten der Stadt erklärte und von der Geschichte der Stadt erzählte (unter anderem erfuhren wir, dass Linz nach dem Kriege geteilt war wie Wien und Berlin: der Teil nördlich der Donau gehörte zur sowjetisch besetzten Zone, der



Pöstlingbergkirche und Nachtwächterführung in Linz

Südteil zur US-amerikanischen). Vom Schloss konnten wir auf die Donau, vom Turm einer Kirche schließlich auf die ganze, festlich erleuchtete Stadt blicken.

Der Bus, den wir spät abends bestiegen, um den letzten Zug der Bergbahn zu erreichen (übrigens der steilsten in Europa ohne Zahnradantrieb) fuhr nicht durch bis zur Talstation. Sollten wir uns vom Haltepunkte aus durchfragen und dann in der Nacht 3 km hoch zum Kloster laufen? Ein älterer Herr, der mitbekam, was wir redeten, wandte sich an eine Schaffnerin: „Tun Sie was! Das sind Ausländer! Wie sollen die im Dunkeln durchkommen?“. Die Schaffnerin tat etwas: per Funk rief sie den Zugführer der Bergbahn an, er solle warten, bis wir, 20 Leute, zur Talstation kämen. Ein Bus, der nach Plan die ganze Strecke fahren sollte, nahm uns auf; es ging zurück in die Stadt, dann abermals über die Brücke nach Norden zur Talstation; mit Gelächter wurden wir vom Zugpersonal und den Fahrgästen empfangen – österreichische Lebensart: großzügig, was den Fahrplan angeht, freundlich Mitmenschen gegenüber. Gegen Mitternacht gelangten wir zu unserem Schlafquartier.

Den Samstag nutzte die Hälfte der Routiers zu einem Stadtbummel, die anderen fuhren nach Mauthausen. In den Jahren nach dem Anschluss Österreichs 1938, waren dort Tausende von Häftlingen in ein Konzentrationslager gesperrt, die in einem nahen Granitsteinbruch schufteten mussten, damit Linz als Alterssitz des ‚Führers‘ „aus festen Steinen erbauet“ würde oder als Sklaven in den ‚Hermann-Göring-Werken‘ (heute VOEST) eingesetzt waren, um Stahl für die Waffenindustrie zu produzieren. Unter vielen anderen ist hier auch Gottfried Kőnzing, Stadtverordneter in Duisburg und Arbeitersekretär, zu Tode gebracht worden.

Am Abend haben wir im Gästehaus des Klosters Rückschau gehalten auf die Route 2016 – wir hatten insgesamt etwa 90 km (15 km pro Tag) zurückgelegt und viel erlebt – und dann eine Gruppenmesse gefeiert: Eucharistie – Danksagung. Sonntag, 21. August, war der Rückreisetag: es ging heim ins Ruhrgebiet, einige fuhren weiter in den Urlaub.

Die Beschaffung der Quartiere war in diesem Jahre außerordentlich einfach. Herr Gereon von den Prämonstratensern (er arbeitet von der Abtei Hamborn aus in Meiderich) hat uns Unterkunft im Stift Schlāgl vermittelt und Pfarrheime im Umland über Mitbrüder, die in der Pfarrpastoral eingesetzt sind. Pater Josef Prinz, Österreicher aus dem Mühlviertel, Oblate vom Kloster Pöstlingberg, zur Zeit Pfarrer in Mülheim-Saarn, war behilflich, Quartiere in Pfarreien vor Linz zu finden, in denen Zisterzienser vom Stift Wilhering arbeiten, und eben in seinem Stammkloster Pöstlingberg. Die Pfarrheime waren auf's Beste eingerichtet. Die Gasthöfe, in die wir eingekehrt sind, hatten leckere Speisen und gute Getränke anzubieten – wir blicken gern auf unsere Route im Mühlviertel zurück. Einer der Teilnehmer, Gottfried Jaax, meinte: „Die beste Tour, die ich bisher mitgemacht habe – Landschaft – Wetter – Unterkünfte!“.

Meinolf Demmel

Zur nächsten Zusammenkunft treffen wir uns am 5.2.2017, 16 Uhr, im alten Pfarrhaus von Mariae Rosenkranz, Mülheim-Styrum, Marienplatz 9. Kontakt: Tel. 0208 4449800 (Demmel).

Die Route regionale 2017 wird durch Franken führen (19. - 27. August). Berührt werden unter anderem Bamberg, Vierzeñneiligen, das Wisenttal und Nürnberg.

Die nächsten beiden Beiträge haben wir unverändert übernommen.

Die Pressemitteilung der ev. Landeskirche informiert über den aktuellen Stand des friedensethischen Prozesses. Einen Prozess, der in pax christi mit großem Interesse begleitet wird.

Die befreundete Organisation Bund für soziale Verteidigung hat eine Argumentationshilfe für einen Friedensplan veröffentlicht, die sehr lesenswert ist.

SPERRFRIST: Montag, 7. November 2016, 17 Uhr!

PRESSEMITTEILUNG

EVANGELISCHE
FRIEDENSARBEIT

Appell zu einer Neuorientierung der kirchlichen Friedensethik

„Karlsruher Aufruf“ bei der Synode in Magdeburg an die EKD übergeben

Es ist ein Appell für eine Neuorientierung der kirchlichen friedensethischen Position mit einer klaren Absage an die Bereithaltung, Androhung und Anwendung militärischer Gewalt und einem deutlichen Bekenntnis zur zivilen Konfliktbearbeitung. Mehr als 3100 Menschen, darunter allein 1850 aus der badischen Landeskirche, haben den „Karlsruher Aufruf an die EKD“ seit 2015 unterschrieben, bei der EKD-Synode in Magdeburg wurde er von Stefan Maaß, dem Friedensbeauftragten der Evangelischen Landeskirche in Baden, an die EKD übergeben.

Dieser Karlsruher Aufruf geht zurück auf einen Kreis pazifistisch interessierter und friedensbewegter Mitglieder der badischen Landeskirche, formuliert wurde der Text von Mitgliedern des Forums FriedensEthik (FFE) in der Evangelischen Landeskirche in Baden und der Arbeitsstelle Frieden der badischen Landeskirche, angesichts der zunehmenden Akzeptanz von Gewalt als politischem Lösungsmittel in Politik und Gesellschaft und der damit verbundenen Verantwortung der Kirchen, hier Position zu beziehen.

In dem Karlsruher Aufruf werden Rat und Synode der EKD gebeten, die bisherigen friedensethischen Positionen weiter zu entwickeln. „Die EKD braucht ein klares friedensethisches Leitbild zur Überwindung des Krieges“, heißt es im Aufruf. Anders als noch in der EKD-Friedensdenkschrift von 2007 formuliert, soll die Androhung und Anwendung von militärischer Gewalt auch nicht mehr als äußerstes Mittel mitgetragen werden. „Die EKD möge sich in Gesellschaft und Politik für einen friedenspolitischen Wandel engagieren, weg von der gegenwärtigen, auf militärischer Stärke und Einsatzbereitschaft basierenden Sicherheitslogik hin zu einer friedenslogischen Politik, die auf gewaltfreie Konfliktbearbeitung und eine gerechte Weltwirtschaftsordnung setzt“, fordern die Unterzeichner des Aufrufs von der EKD.

Die badische Kirche hatte auf ihrer Landessynode 2013 nach einem längeren und breit angelegten Diskussionsprozess erklärt, zu einer Kirche des gerechten Friedens zu werden. Dabei hatte sich die Landeskirche auch dazu verpflichtet, sich in der EKD dafür einzusetzen, dass das Gespräch über das Friedensthema vertieft weitergeführt wird. Ein Ergebnis dieser Überlegungen ist der Karlsruher Aufruf, der nun an die EKD übergeben wurde.

Bonn/Magdeburg, 7. November 2016

Dieter Junker
Öffentlichkeitsreferent
Tel: 0171 4161087
E-Mail: junker@evangelische-friedensarbeit.de

Konferenz für Friedensarbeit im Raum der EKD
Endenicher Str. 41, 53115 Bonn
www.evangelische-friedensarbeit.de

Geschäftsstelle
Tel: 02 28 – 2 49 99-0, Fax: 02 28 – 2 49 99-20
E-Mail: info@evangelische-friedensarbeit.de



Frieden für Syrien? Eine Argumentationshilfe

Es ist sehr schwer, sich auszumalen, wie eine Friedenslösung für Syrien aussehen könnte. Zu schwer sind die Kämpfe, zu immens das Leiden, zu groß die Zahl der Beteiligten. Trotzdem wollen wir versuchen, hier einige Punkte zu benennen, die Voraussetzung und/oder Inhalt einer Friedenslösung sein könnten. Unser Ausgangspunkt ist dabei, dass der Konflikt mindestens fünf Dimensionen hat, die geografisch weit über Syrien, ja über die gesamte Region hinausreichen.

Dimension 1: Der Aufstand gegen die Herrschaft von Assad und für die Demokratisierung Syrien

Der Aufstand entfachte sich an Polizeigewalt und Folter gegen protestierende Jugendliche im März 2011. Inspiriert von den Aufständen u.a. in Tunesien und Ägypten, waren binnen weniger Wochen Hunderttausende auf den Straßen. Der Widerstand verlor aber schnell seinen rein zivilen Charakter, als sich die Freie Syrische Armee (FSA) bildete, die zunächst lediglich mit dem Anspruch antrat, die Protestierenden zu „schützen“, aber bald zum Katalysator für die Bildung zahlreicher weiterer kämpfender Gruppen wurde.

Unsere Position: Die Entscheidung über die Zukunft Syriens liegt alleine bei der syrischen Bevölkerung. Weder internationale VerhandlerInnen, die durch die Entscheidung, wen sie zu Gesprächen einladen und wen nicht, die eine oder die andere Koalition stärken (z.B. war bei den Genfer Verhandlungen 2016 die syrisch-kurdische PYD ausgeschlossen), noch militärisches Eingreifen auf egal welcher Seite sind hier hilfreich.

Stattdessen sollte die sog. Internationale Gemeinschaft sich darauf beschränken, als **redliche Vermittlerin mit allen Konfliktparteien** (einschließlich radikaler islamistischer Gruppen und auf jeden Fall einschließlich der syrischen Kurden) **Verhandlungen aufzunehmen**. Solche Vermittlungsbemühungen müssen nicht heißen, dass alle an einem Tagungsort zusammenkommen – VermittlerInnen können hin und her reisen oder Treffen mit jeweils nur einigen Gruppen abhalten, um Möglichkeiten einer wirklichen Lösung auszuloten.

Lokale Waffenstillstände und die Schaffung von **waffenfreien Zonen** (erstere gibt es, letztere noch nicht) könnten dazu beitragen, dass in immer weniger Gegenden Syriens die Waffen sprechen. Des Weiteren muss sichergestellt werden, dass **humanitäre Hilfe und Wiederaufbauhilfe** diese Zonen erreicht.

Dimension 2: Syrien als Schlachtfeld von ausländischen Militärs und Milizen

Je länger der Konflikt angedauert hat, umso mehr wurde er internationalisiert. Es mag wert sein, sich den Ablauf zu vergegenwärtigen: Bereits ab dem Herbst 2011 gab es Waffenhilfe und militärisches Training für die FSA und andere Milizen durch sunnitisch-arabische Länder und durch die USA. Diese verstärkten ihr Engagement 2013 mit einem CIA-geführten Programm. Anfang September 2014

wurde dann beim NATO-Gipfel in Wales ein internationales Militärbündnis gegen den IS ins Leben gerufen. Gründungsmitglieder waren neben den USA auch Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Italien, Polen, Dänemark, Australien, Kanada und die Türkei. Dieses Bündnis, erweitert durch mehrere arabische Länder (heute gehören der Koalition 64 Staaten an), begann kurz danach mit Angriffen auf den IS in Syrien und Irak, wobei die Bombardierungen zunächst allein durch die USA und einige arabische Länder durchgeführt wurden. Im Rahmen dieser Koalition unterstützt Deutschland seit 2014 die kurdischen Peshmerga im Nordirak mit Waffen. Frankreich und Großbritannien schlossen sich den Bombardierungen in Syrien Ende September 2015 an, praktisch zeitgleich mit Russland. Bei Russland wurde schnell klar, dass nicht nur Stellungen des IS, sondern alle bewaffneten Oppositionsgruppen Ziele waren.

Die nächste Eskalation fand statt, als Frankreich und kurz danach auch Großbritannien im November/Dezember 2015 nach einer Serie von Terroranschlägen in Europa ihre Bombardierungen verstärkten, und andere EU-Staaten im Rahmen der EU-Solidarität, so auch Deutschland, den Einsatz ab diesem Zeitpunkt auch militärisch unterstützen, ohne selbst Angriffe zu fliegen.

Die bislang jüngste Eskalation stellt das Eingreifen der Türkei mit Bodentruppen seit August 2016 im Nordirak, das mehr gegen die kurdischen Oppositionstruppen als gegen den IS gerichtet erscheint, und die offene militärische Unterstützung der Assad-Truppen durch Russland im Kampf um Aleppo dar.

Heute sind mindestens 26 Staaten direkt oder indirekt an dem Krieg in Syrien involviert. Die sind aber noch nicht die einzigen internationalen Kriegsbeteiligten: Kurz nach der Entstehung der FSA kamen mehr und mehr ausländische KämpferInnen aus aller Welt, von Libyen bis Tschetschenien, von Sudan bis Westeuropa und Nordamerika, ins Land und bildeten kämpfende Einheiten oder schlossen sich vorhandenen an. Der sog. Islamische Staat ist nur eine von ihnen. Auch die Assad-Regierung holte sich Unterstützung – sie wandte sich in erster Linie an schiitische Kämpfer – die libanesischen Hizbollah-Miliz und Soldaten aus dem Iran.

Unsere Position: Die **Militärintervention** der Anti-IS-Allianz in Syrien **muss beendet werden**, und zwar nicht nur sie, sondern der gesamte Krieg gegen den Terror. Jede Drohne, die unschuldige Menschen tötet, jede heimliche oder offene Militäroperation leistet vor allem eines: Sie schafft neue TerroristInnen. Und falls es gelingen sollte, den IS militärisch in die Knie zu zwingen, dann wird er in anderen Ländern und im Untergrund weiterkämpfen und auch den Terror verstärkt in den Westen tragen.

Der **Schutz der Zivilbevölkerung** passiert nicht durch Bomben aus der Luft. Er braucht **mutiges humanitäres Engagement** sowohl direkt in den Kriegsregionen wie in den Gebieten Syriens, wo derzeit nicht gekämpft wird, Zumindest in letzteren Gebieten könnte **unbewaffnetes ziviles Peace-keeping** eingesetzt werden, wie es die Nonviolent Peaceforce derzeit in Form von Trainings von Beirut aus anbietet.

Jeder Friedensplan für Syrien muss den **Rückzug der fremden Truppen und Kämpfer** beinhalten, nicht nur das Ende der Bombardierungen aus der Luft. Dabei wird es von besonderer Bedeutung sein, den Kämpfern, die nicht Teil einer „offiziellen“ Armee sind, in ihren Heimatländern Möglichkeiten einer **Reintegration** in ein ziviles Leben zu bieten. Denn sonst werden sie nur zu einem neuen Kriegsschauplatz weiterziehen.



Wer bist Du? Ein Milizionär der Regierung? Ein Spion oder ein Dieb? Eine Kampagne gegen das Tragen von Masken in den befreiten Gebieten.
Ein Graffiti der Menschen, die immer noch zivilen Widerstand in Syrien leisten. Quelle: <https://dawlaty.org/en/graffiti-gallery>

Dimension 3: Der Konflikt zwischen der türkischen Regierung und der kurdischen Bewegung

Syrien ist eines von mehreren Ländern in der Region (neben der Türkei, Irak und Iran), wo eine zahlenmäßig bedeutende kurdische Bevölkerung ansässig ist. Die kurdische PYD beteiligte sich am Aufstand gegen Assad und bekämpfte, wie auch die irakischen Peshmerga, den IS. Sie unterhält gute Beziehungen zur PKK in der Türkei. Die Türkei fürchtet ein kurdisch kontrolliertes Gebiet südlich ihrer Grenze. Deshalb hat sie begonnen, Stellungen der PYD anzugreifen. Damit wendete sich die Türkei gegen eine der Gruppen, die von der Allianz gegen den IS mit Waffen und Training unterstützt werden.

Unsere Position: Eine Friedenslösung für Syrien muss auch eine Regelung für die kurdische Bevölkerung in Nordsyrien beinhalten – vielleicht in Form ähnlicher **Autonomieregelungen**, wie sie die KurdInnen im Irak genießen. Dies wird aber wohl nur durchsetzbar sein, wenn es gelingt, den **kurdisch-türkischen Konflikt konstruktiv zu bearbeiten**. Hier braucht es das Wirken von **VermittlerInnen**, die von allen Seiten anerkannt sind, z.B. aus den Reihen internationalen Organisation von 57 islamischen Ländern, der Organisation of Islamic Cooperation, die u.a. schon den Bürgerkrieg in Mindanao (Philippinen) beizulegen half.

Eine Friedenslösung für Syrien kann wohl nur gelingen, wenn alle fünf genannten Dimensionen angegangen werden. Dies erfordert ein Umdenken bei den beteiligten Regierungen. Druck von unten, durch uns in den Friedensbewegungen, ist die einzige Hoffnung, dass ein solches Umdenken einsetzt.

Dimension 4: Der Stellvertreterkrieg zwischen sunnitischen und schiitischen Ländern

Der Krieg in Syrien ist auch, genau wie der im Jemen, ein Stellvertreterkrieg zwischen Saudi-Arabien auf der einen und dem Iran auf der anderen Seite als die Führungsmächte der sunnitischen und schiitischen Ausrichtung des Islams. Die sunnitischen Länder unterstützen die Opposition gegen das Assad-Regime, wobei einige auch nicht vor einer (inoffiziellen) Förderung des IS Halt machten. Die Regierung Assad, geprägt durch die den Schiiten nahestehenden Aleviten, hat sich wiederum Unterstützung u.a. beim Iran und der libanesischen Hizbollah geholt.

Unsere Position: Der Konflikt zwischen den beiden Konfessionen wird sich nicht kurzfristig lösen lassen, es gibt aber konstruktive Ansätze, die religiöse Dimension dieses Konflikts zu bearbeiten: **Dialog zwischen den Konfessionen**, Stärkung der Aspekte, die **beide Konfessionen verbinden**, **Versöhnungsarbeit** auf der Graswurzelebene. Da der Konflikt neben der religiösen aber auch eine machtpolitische und ökonomische hat, braucht es zum anderen dringend die schon oft geforderte **Konferenz aller Staaten des Nahen und Mittleren Ostens** nach Vorbild der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (heute: OSZE), um die – letztendlich diesen Konflikt bestimmende – politische und wirtschaftliche Konkurrenz zwischen den beteiligten Staaten anzugehen und zu überwinden.

Dimension 5: Der Stellvertreterkrieg zwischen Russland und dem Westen.

Der Konflikt zwischen dem Westen und Russland hat nicht erst mit der Ukraine-Krise begonnen. Schon seit 2011 hat Russland auf diplomatischem Parkett, u.a. in den Vereinten Nationen, die Regierung Assad unterstützt. Syrien war für Russland ein wichtiger Handelspartner und außerdem Ort des einzigen Marinestützpunkts am Mittelmeer. 2013, als Großbritannien und die USA mit einer Militärintervention wegen des syrischen Giftgases drohten, spielte Russland aber eine konstruktive Rolle dabei, die syrische Regierung dazu zu bewegen, ihre Vorräte unter Aufsicht der UN abziehen und vernichten zu lassen. Jedoch nachdem wegen der Annexion der Krim und der Unterstützung der Rebellen in der Ostukraine Sanktionen gegen Russland verhängt wurden und auf beiden Seiten militärisch aufgerüstet wird, hat sich der Krieg in Syrien auch zu einem Stellvertreterkrieg zwischen Russland und dem Westen entwickelt.

Unsere Position: Der Schlüssel zur Aussöhnung zwischen Russland und dem Westen liegt eher in der Ukraine als in Syrien. Der BSV hat hierzu verschiedentlich Vorschläge gemacht – **Volksabstimmungen, Minderheitenschutz, Abrüstung und Truppenabzug, gemeinsame Sicherheit** u.a.m.

Buchbesprechung

Marco Politi: Franziskus unter Wölfen

Freiburg 2015 (19,99 €)

Wer in der Kirche lebt und von der Frage beunruhigt ist, wie wir denn als Kirche und Einzelne auf die gegenwärtigen Herausforderungen um uns herum vom Glauben her antworten können, der dürfte seit der Wahl von Franziskus zum Papst oft genug freudig überrascht gewesen sein, wenn Nachrichten über die ungewohnte Amtsführung dieses bald 80jährigen Jesuiten aus einem der Elendsviertel am Rande der Welt durch die Medien gingen und vom Zentrum Vatikan her Impulse zu Veränderungen in die Kirche hineinkamen.

Das Buch des Deutsch-Italieners M. Politi, eines ausgewiesenen Kenners der Vorgänge in und um den Vatikan, ist leicht lesbar. Die Recherchen, die er in seiner Veröffentlichung verarbeitet hat, vervollständigen und vertiefen das Bild, das bisher vom neuen Papst in der Öffentlichkeit entstanden ist, und ergänzen weithin Unbekanntes.

Im Folgenden sind einzelne Proben aus dem Text zusammengestellt, die vielleicht Anregung sind, das Buch selber in die Hand zu nehmen:

Der neue Papst, so Politi, findet innerhalb und außerhalb der Kirche „durch seine schlichte Absicht, das Evangelium ohne Eroberungsansprüche zu bezeugen“ (L. Boff) einen ungewöhnlichen Zuspruch. Nicht wenige außerhalb der Kirche zieht das Engagement des Papstes gegen den wachsenden Egoismus und das Unrecht in der Welt an. Eine bekannte Pariser Analytikerin nennt ihn „einmalig, unerwartet... Seine Aufmerksamkeit für das Elend der Welt ist greifbar... eine Herausforderung für uns Humanisten.“ Unter den Christen sind die Reaktionen auf die Veränderungen im neuen Pontifikat von unterschiedlicher Art, teils begleitet von Freude über eine Kirche, die jetzt auch offiziell für die wesentlichen Fragen und Bedrängnisse vieler offener geworden ist; für andere ist das Neue mit Angst besetzt und mit heftigen Abwehrreaktionen verbunden, für nicht wenige Katholiken wohl auch deswegen, weil „die Kirche“ nicht mehr als „Besitzerin und Verwalterin der Wahrheit“ angesehen werden kann.

Die Kontroverse unter Christen ist heftiger geworden, seit im apostolischen Schreiben „Evangelii gaudium“ zu lesen ist, „das in den ungerechten Gesellschaftsstrukturen kristallisierte Böse“, trage ein Potential der Gewalt, des Todes und des Verfalls in sich.

Bekannt geworden ist besonders der Satz: „Diese Wirtschaft tötet.“ Auf einer amerikanischen Website aus der Richtung des herrschenden Wirtschaftsliberalismus war danach zu lesen: „Jesus weint im Paradies über die Worte des Papstes. Er hat zu den einzelnen gesprochen. Er war ein Kapitalist, der persönliche Verantwortung gepredigt hat.“ Der Papst hingegen hat kürzlich beklagt: „Wir sind zu einer Gesellschaft geworden, die die Erfahrung des Weinens, des Mitleidens vergessen hat.“ Eine andere Erinnerung für die Christenheit hat er so formuliert: „Ein authentischer Glaube ist nie bequem, nie individualistisch. Er geht immer mit dem Wunsch einher, die Welt zu verändern und nach unserer Erdenwanderung etwas Besseres zu hinterlassen.“

Während der erste Teil des Buches von der Bedeutung des Wechsels im Zentrum der katholischen Kirche für die Christenheit insgesamt und darüber hinaus für alle Menschen, die sich in der Verantwortung für die Zustände dieser Welt sehen, handelt, geht es im zweiten -längeren- um ein innerkirchliches Problem, das Politi als „Programm der Revolution“ bezeichnet. Franziskus hat gelegentlich gesagt: „Wie sehr wünschte ich mir eine Kirche der Armen“, oder er hat von den „Hirten“ gesprochen, die den „Geruch der

Schafe“ an sich tragen“. Es sind Sätze, die mit seiner Zeit als Bischof in den Slums von Buenos Aires zu tun haben, als er das Leben der Ärmsten als brüderlicher Begleiter teilte. Dort hat er ebenfalls erlebt, dass die römische Kurie, die man als Regierungsapparat des Papstes bezeichnen kann und sich aus Klerikern mit höchsten Kirchenämtern zusammensetzt, eine Befehlsstruktur aufgebaut hat, die zu oft ihre absolutistischen Machtansprüche unter Berufung auf ihre Rechtgläubigkeit zum Schaden der Kirchen vor Ort durchgesetzt hat. Viele Bischöfe wollen hier Veränderungen, und es gibt Nachrichten, dass die Kardinäle im Konklave diese Wahl getroffen hätten, weil sie diesem Kandidaten zutrauten, die überkommenen Formen des päpstlichen Stils, die größtenteils dem spätrömischen Kaiserzeremoniell entstammen, in eine Struktur zu überführen, die hilft, dem Leben und Glauben der Menschen zu dienen. Politi zitiert das Urteil von Franziskus über die Kurie mit diesem verbürgten Satz: „Der Hof ist die Lepra des Papsttums.“ Dieser „Hof“ – so hat z.B. die Überprüfung der Vatikanbank ergeben – ist auch in Verbrechen und Geschäfte mit der Mafia verwickelt gewesen. Franziskus will in der Kirche das Prinzip der „Kollegialität“ durchsetzen, was bedeutet, dass statt Machtausübung und Beherrschung von oben nach unten gegenseitiges Zuarbeiten zum Dienst an den Menschen gelten soll. Man wird sagen können, dass er sein Modell der Kirche bereits lebt und in Ansätzen zu formen begonnen hat.

Solche Veränderungen bedeuten für die Vertreter des Systems Verlust von Macht und Besitz sowie eingefahrenen Gewohnheiten. Ein Trommelfeuer der Kritik an Franziskus hat im Vatikan eingesetzt, ein Konzert von Schmähungen, vermischt mit Verleumdungen und Spott, mit offenem Visier unter Gleichgesinnten, vermischt mit passivem Widerstand und geheuchelter Zustimmung nach außen. Politi setzt den Machtkampf gegen den Papst im Vatikan, wie bereits im Buchtitel angedeutet, mit einem Wolfsangriff gleich. Konservative – besser reaktionäre- Kirchenkreise melden sich weltweit auf ihre Art -oft einem Gekreisich ähnlicher als einem fairen Streit um Standpunkte – auch im deutschen Internet auffindbar.

Im Vatikan, so Politi, unterstützen 20% der Monsignori den Papst, 10% sind offene Gegner, 70% warten ab, verfolgen offensichtlich vor allem ihre eigenen Interessen und sind wenig an der Entwicklung der Kirche interessiert. Allgemein besteht große Unsicherheit darüber, wie es um die Zukunft der Kirche bestellt sein wird. „Wir sollten alle beten, denn es tobt eine Schlacht“, hat der deutsche Kardinal Kasper geschrieben.

Politis Résumé: „Papst Franziskus steht innerhalb der kirchlichen Struktur noch immer recht alleine da. Er genießt breite Zustimmung bei den Gläubigen und in der nichtglaubenden öffentlichen Meinung, doch in der Kurie existiert keine richtige Bergoglio-Partei. Manche hoffen sogar, dass der argentinische Papst eine Ausnahme bleibt.“

Inge de Caerlé

Neue oder geänderte E-Mail-Adresse

Seit einigen Jahren ist es gängige Praxis, dass wir – bis auf wenige Ausnahmen – keine Informationen mehr per Post verschicken. Unsere Mitgliederzeitschrift „die_tauben“ und die Einladungen zu unseren Diözesanversammlungen gehören zu den wenigen Ausnahmen, die wir noch per Post versenden. Alle anderen Informationen stellen wir euch per E-Mail zur Verfügung bzw. sind auf unserer Homepage zu finden.

<http://essen.paxchristi.de/>

Dies können und wollen wir auch nicht ändern, weil der entsprechende Aufwand zeitlich und kostenmäßig viel zu hoch wäre.

*Sofern ihr über eine E-Mail-Adresse verfügt und uns diese noch nicht mitgeteilt habt, bitten wir um deren Übermittlung an: **alfred.keienburg@posteo.de***

Auch bitten wir bei Änderung einer E-Mail-Adresse darum, uns die geänderte E-Mail-Adresse schnellstens mitzuteilen. Danke.

Frieden(s)gestalten

Die Ausstellung unter diesem Titel ist um zwei Roll-ups ergänzt worden, die an zwei weitere Friedensleute aus dem Ruhrgebiet erinnern:

- **Heinrich Hirtsiefer,**
Stadtverordneter in Essen (Hirtsiefer-Kolonie in Altendorf), in Zeiten der Weimarer Republik neun Jahre lang preußischer Minister für Volkswohlfahrt

- **Bernhard Rudolf Bertram,**
Chefarzt zweier Krankenhäuser in Gelsenkirchen, „Gerechter unter den Völkern“ (Israel), er hat im Kriege 17 jüdische Zwangsarbeiterinnen vor dem Tode bewahrt

Die Ausstellung kann bei Ursula Balt, Bochum, Tel. 0234/594969, geordert werden. Pax Christi Mitglieder sind aufgefordert, für die Ausstellung (ganz oder zum Teil) zu werben – etwa in Gemeinden für die Firmvorbereitung, in Schulen, in Bildungshäusern.

In der Gottesdienstreihe „Frieden(s)gestalten“ wurde am 20.11.2016 in der Karmelkirche, Duisburg, Heinrich Hirtsiefer vorgestellt; am 18.2.2017, 18:00 Uhr, in der Pax Christi Kirche Essen, geht es um Elisabeth Selbert; die für die Gleichstellung der Frauen im Grundgesetz gekämpft hat.

Danach wird die Reihe für ein Jahr unterbrochen. Drei weitere Gottesdienste im Jahre 2017 sollen an verschiedenen Orten des Bistums das Thema ‚Gewaltlosigkeit‘ behandeln.

Termine +++ Termine +++ Termine +++ Termine

pax christi Veranstaltungen

Gottesdienste „Frieden(s)gestalten“

Samstag, 18. Februar, 18 Uhr, Elisabeth Selbert
Pax Christi Kirche (unten), An St. Albertus Magnus 45, 45136 Essen-Bergerhausen

Die Messfeier ist ein Gemeindegottesdienst. Im Anschluss daran trifft sich die pax christi Friedensbewegung zum Informationsaustausch und zur Besprechung anstehender Projekte/Aktionen. Gäste sind herzlich willkommen.

Veranstalter: pax christi Diözesanverband Essen

Die Planung der anderen vierteljährlich stattfindenden Gottesdienste „Frieden(s)gestalten“ wird bei der Diözesanversammlung vorgestellt und von ihr beschlossen.

Sonntag, 19. März 2017, 10 Uhr

„Diözesanversammlung pax christi im Bistum Essen

Wir beabsichtigen eine Referentin einzuladen, die möglichst zum Thema „Friedenslogik statt Sicherheitslogik“ sprechen wird.

Gemeinde Christus-König, Tommesweg 26, 45149 Essen

Sonntag, 11. Juni 2017, 10 Uhr

pax christi-Kurzroute 2017 des Diözesanverbandes Essen

Zeitplan und genauer Routenverlauf werden noch mitgeteilt

Samstag, 19. August – Sonntag, 27. August 2017

pax christi-Route regionale 2017 des Diözesanverbandes Essen

Geplant ist eine Wanderung durch das Frankenland

Kontaktadresse: Meinolf Demmel, Marienplatz 3, 45476 Mülheim

Tel.: 0208 4449800.

Jeder 3. Donnerstag im Monat, 18 Uhr

Ökumenisches Friedensgebet

Christus König-Kirche, Tommesweg 26, 45149 Essen

Veranstalter: pax christi Gruppe Essen-Haarzopf

Veranstaltungen von und mit Kooperationspartnern

Mittwoch, 18. Januar 2017, 19-21 Uhr

„Das Erstarken rechtsextremer Strömungen und Bewegungen“

Referent: Alexander Häusler

Volkshochschule Essen, Burgplatz 1

Veranstalter: Essener Friedensforum, VHS Essen

Mittwoch, 15. Februar 2017, 19-21 Uhr

Situation in Syrien – Was kann die EU für eine friedliche Zukunft in Syrien tun?

Referentin: Karin Leukefeld, Korrespondentin für den Mittleren Osten, seit 2010 in Syrien akkreditiert

Volkshochschule Essen, Burgplatz 1

Veranstalter: Essener Friedensforum, VHS Essen

Mittwoch, 15. März 2017, 19-21 Uhr

Gefährdet Erdogans Politik den Weltfrieden?

Referent: Dr. Jochen Hippler, Politikwissenschaftler und Friedensforscher

Volkshochschule Essen, Burgplatz 1,

Veranstalter: Essener Friedensforum, VHS Essen

Mittwoch, 29. März 2017, 19-21 Uhr

Dokumentarfilm „Liebe Grüße aus Nahost“

Der viel beachtete und als Unterrichtsmaterial eingesetzte Film beschreibt die Reise einer Gruppe junger Deutscher durch Israel und das besetzte Westjordanland und ihre Begegnung mit den Menschen dort. Es wird eine Reise in zwei Wirklichkeiten – von beiden Seiten völlig unterschiedlich erzählt.

Die Regisseure, Stefanie Landgraf und Johannes Gulde, werden anwesend sein und stehen anschließend für eine Diskussion zur Verfügung.

Volkshochschule Essen, Burgplatz 1

Veranstalter: Essener Friedensforum, VHS Essen, pax christi Diözesanverband Essen und andere Organisationen

Samstag, 15. April – Ostermontag 17. April 2017

Ostermarsch Rhein Ruhr

von Duisburg bis Dortmund

Veranstalter: Friedensbewegung NRW

Mittwoch, 17. Mai 2017, 19-21 Uhr

Israels Staatsräson und der Nahostkonflikt

Referentin: Dr. Tamar Amar-Dahl, Historikerin

Volkshochschule Essen, Burgplatz 1

Veranstalter: Essener Friedensforum, VHS Essen, pax christi Diözesanverband Essen

Mittwoch, 21. Juni 2017, 19-21 Uhr

Die Neuausrichtung der Bundeswehr und das Weißbuch – vom Verteidigungsauftrag zum Instrument imperialer Macht?

Referent: Jürgen Rose, Oberstleutnant i. R.

Volkshochschule Essen, Burgplatz 1

Veranstalter: Essener Friedensforum, VHS Essen